

Überregionaler Pressespiegel 07.12.2011

TAZ | 07.12.2011 | Michael Bartsch

Bewährung für Steinewerfer

Während der Demo gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden im Februar warf Maximilian W. Steine Richtung Polizei. Nun hat er eine Bewährungsstrafe bekommen.

DRESDEN taz | Im ersten Strafverfahren gegen einen Steinewerfer der Anti-Nazi-Proteste vom 19. Februar 2011 in Dresden ist der 19-jährige Angeklagte Maximilian W. zu einer Jugendstrafe von acht Monaten auf zwei Jahre Bewährung verurteilt worden. Das Jugendschöffengericht am Amtsgericht folgte damit dem Antrag der Staatsanwaltschaft. Es verfügte außerdem die Ableistung gemeinnütziger Arbeitsstunden. Die Verurteilung erfolgte wegen schweren Landfriedensbruchs, der Vorwurf der versuchten gefährlichen Körperverletzung wurde fallen gelassen.

In der Hauptverhandlung räumte der Angeklagte ein, in der Dresdner Südvorstadt zwei bröckelige Putzsteine auf einen Geldautomaten und danach in Richtung einer weiter entfernt stehenden Polizistengruppe geworfen zu haben. Die Steine hatten er und sein Bruder sich bereits einige Zeit vorher in die Tasche gesteckt, was das Gericht als erschwerend wertete. W. räumte auch ein, einen Gitterzaun auf eine Straße gezogen zu haben. Sein Bruder, der am Tag der Naziproteste auch wegen Steinewerfens festgenommen worden war, hatte ihn bei der Polizei angeschwärzt.

In der Verhandlung kamen die schwierige Kindheit und auch fünf Vorstrafen des Angeklagten zur Sprache. Positiv wertete das Gericht, dass sich W. vom Alkohol gelöst und seinen Hauptschulabschluss nachgeholt habe – man könne eine günstige Sozialprognose stellen. Als gefühlter, aber nirgendwo organisierter Linker nahm W. schon mehrfach friedlich an Protesten gegen Nazi-Aufmärsche teil. Deshalb fuhr er auch am 19. Februar aus der Stadt Döbeln mit Freundin und Bruder nach Dresden. „Wir wollten es uns nicht antun, dass solche Menschen frei durch Dresden laufen dürfen“, begründete er die Reise.

W. betonte aber seine ursprüngliche Absicht, erneut friedlich zu demonstrieren. Orientierungslos habe man sich von einer größeren Gruppe Linksautonomer mitziehen lassen, die schließlich Gewaltbereitschaft gezeigt habe. In ihm persönlich seien Aggressionen gewachsen, als er beobachtete, wie ein Polizist eine Frau mit Kind umriss. Beweise für gezielte Würfe des Angeklagten gibt es jedoch nicht.

In der Urteilsbegründung ließ Richter Markus Vogel Sympathie für das ursprüngliche Anliegen erkennen, gegen die Nazis zu demonstrieren. Die Art und Weise aber sei „völlig falsch“ gewesen. „So machen sie das Demonstrationsrecht kaputt“, redete Vogel dem Verurteilten ins Gewissen. Gewalt zum Dresden-Gedenken müsse aufhören. Maximilian W. nahm das Urteil noch im Gerichtssaal an.

Während seiner Vernehmung hatte er ungewollt den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König belastet, der mit seinem legendären Lautsprecherwagen ebenfalls am 19. Februar 2011 in der Dresdner Südvorstadt unterwegs war. Der Lautsprecher hätte „die ganze Zeit gegen die Polizei gehetzt“, dazu aufgefordert, sich nicht zurückdrängen zu lassen und sich schützend um den Wagen zu scharen. W.'s Bruder konnte den VW-Bus zunächst als Fluchtfahrzeug nutzen, bevor dieser durch eine Barrikade gebremst wurde und die Polizei zugreifen konnte.

Freie Presse | 07.12.2011

Erster Prozess gegen mutmaßlichen Steinewerfer in Dresden

Angeklagt ist ein 19-Jähriger aus Dresden

Dresden (dapd-lsc). Zehn Monate nach den schweren Ausschreitungen bei Protesten gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Dresden hat vor dem dortigen Amtsgericht der erste Prozess gegen einen mutmaßlichen Gewalttäter begonnen. Angeklagt ist ein 19-Jähriger aus Dresden wegen schweren Landfriedensbruchs. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, am 19. Februar Steine auf Polizeibeamte geworfen und am Bau einer Straßenbarrikade beteiligt gewesen zu sein.

Am Rande friedlicher Proteste gegen einen Neonazi-Aufmarsch hatten sich linke und rechte Täter an dem Tag gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert. Dabei waren zahlreiche Beamte verletzt worden. Die Staatsanwaltschaft erhob in fünf weiteren Fällen Anklage. In mehreren Dutzend Fällen laufen Ermittlungen.

<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Erster-Prozess-gegen-mutmaszlichen-Steinewerfer-in-Dresden-artikel7840979.php>

ZEIT | 07.12.2011 | 14.31 | Johannes Radke

Störungsmelder

Wir müssen reden. Über Nazis.

Bundes-SPD unterschreibt Blockadeaufruf für Dresden

Wenn am 18. Februar wieder der größte Naziaufmarsch Europas in Dresden stattfinden soll, werden erneut rund 20.000 Gegendemonstranten erwartet. Seit Monaten mobilisiert das Bündnis Dresden-Nazifrei für Massenblockaden, um den Aufmarsch zu stoppen. Bei ihrem Bundesparteitag am vergangenen Wochenende in Berlin hat sich jetzt auch erstmals der SPD-Parteivorstand entschlossen, die friedlichen Proteste bei der großen Anti-Nazi-Demonstration offiziell zu unterstützen. 2010 und 2011 hatten nur einzelne Abgeordnete an den Aktionen teilgenommen. Mit dem Beschluss beteiligen sich jetzt außer CDU und FDP alle demokratischen Parteien an dem Sitzblockadekonzept. Linksfraktion und Grüne hatten bereits 2011 den Aufruf unterzeichnet.

Schon zwei Jahre in Folge war es mit Sitzblockaden gelungen den Aufmarsch zu verhindern. Das Resultat: immer weniger Neonazis kommen inzwischen nach Dresden. Der Erlebnischarakter des "Top-Events" der Szene ist erheblich gesunken.

„Wir Jusos begrüßen, den Beschluss des SPD-Parteivorstands sich mit der breiten Protestbewegung solidarisch zu erklären und die Mitglieder zur Teilnahme an den Protesten aufzurufen. Die Sozialdemokratie hat schon immer entschlossen auf der Seite derjenigen gestanden, die sich dem braunen Mob konsequent entgegenstellen“, sagte der Juso-Bundesvorsitzende Sascha Vogt.

„Wir Jusos lassen es nicht zu, dass Geschichtsrevisionismus und rechtes Gedankengut

auf Dresdens Straßen zur Schau getragen wird. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass nur mit Blockaden verhindert werden kann, dass Nazis durch Dresden marschieren.“ Vogt hofft, dass SPD-Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet nach Dresden kommen werden, um die Proteste zu unterstützen. Den Blockadeaufruf haben inzwischen auch wieder zahlreiche Prominente, Schauspieler und Künstler unterschrieben, unter anderem Die Toten Hosen und Die Ärzte.

Auch die Stadt Dresden nimmt nach zunehmender Kritik das Rechtsextremismusproblem inzwischen ernst. Die AG 13. Februar, bestehend aus Vertretern der Stadt, Parteien, Vereinen und Organisationen sowie Unternehmen einigte sich vor Kurzem auf den gemeinsamen Protestrahmen für den kommenden Februar. So soll die Kranzniederlegung wegfallen und am 13. Februar wieder eine Menschenkette stattfinden; für den 18. Februar ist eine zentrale Kundgebung in Hör- und Sichtweite des Naziaufmarsches geplant. Zu Blockaden wird nicht aufgerufen, diese werden aber auch nicht verurteilt.

„Wir begrüßen die Fortschritte der Stadt im Umgang mit dem ehemals größten Naziaufmarsch Europas. Vor allem das den Nazis mit der Streichung der Kranzniederlegung am Heidefriedhof eine Plattform des Geschichtsrevisionismus genommen wurde, ist ein Fortschritt“, sagte Franziska Radtke vom Bündnis Dresden-Nazifrei. „Endlich erkennt auch die Stadt, dass der Naziaufmarsch ein Problem darstellt. Das ist sicherlich auch unserer erfolgreichen Arbeit zu verdanken.“

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/12/07/bundes-spd-unterschreibt-blockadeaufruf-fur-dresden_7740
